

## Gemeinsame Empfehlungen des 9. Zyklus des EU-Jugenddialogs 2022-23

### ***Gemeinsam für ein nachhaltiges und inklusives Europa***

*Ziel der letzten EU-Jugendkonferenz in Schweden war es, eine Reihe von Empfehlungen für den 9. Zyklus auszuarbeiten. Sie basieren auf den Ergebnissen der ersten beiden Konferenzen in Frankreich und der Tschechischen Republik und der im Laufe des Zyklus durchgeführten qualitativen und quantitativen Forschung. Zu den wesentlichen Themen gehörten: Lebenslanges inklusives Lernen welches das Verständnis für den Klimawandel und seine Auswirkungen fördert, generationenübergreifende und interdisziplinäre Ansätze um junge Menschen mit den Fähigkeiten, Werkzeugen und Informationen zu versorgen, die sie brauchen, um sich für Nachhaltigkeit zu engagieren.*

#### **Empfehlung 1 – Information und Bildung**

**Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu benutzerfreundlichen Informationen über Nachhaltigkeit und Klimawandel durch inklusive und die Handlungskompetenz stärkende nichtformale und formale Bildung, womit der Dialog zwischen den Generationen und das Lernen der Generationen voneinander gefördert werden.**

Unsere Resolution fordert zuverlässige, inklusive Informationen zu den Themen Nachhaltigkeit und Klimawandel. Solche barrierefreien, für alle Altersgruppen verständlichen Inhalte fördern ein grüneres Europa. Wir schlagen vor, diese Themen in verschiedene Bildungsformate zu integrieren und dabei formale und nichtformale Settings zu berücksichtigen. Durch das gemeinsame Lernen geben wir unterschiedlichen Ansichten Raum, wertschätzen kulturelle und sozioökonomische Vielfalt und setzen uns für Klimagerechtigkeit ein. Wir lehnen es ab, dass jungen Menschen die Konsequenzen politischer Maßnahmen, die sie nicht selbst erstellt haben, aufgebürdet werden. Alle Generationen müssen sich an der Klimabildung beteiligen.

Junge Menschen benötigen die Kompetenzen, das Wissen und die Plattformen, um wirksame Maßnahmen ergreifen zu können. Es ist von grundlegender Bedeutung, das Potential der nichtformalen Bildung zu nutzen und ihre praktischen Vorteile anzuerkennen. Unser interdisziplinärer Ansatz bezieht Jugendorganisationen und Informationsdienste ein. Lehrkräfte benötigen Zugang zu Ressourcen, damit sie die erforderliche Schulung und die entsprechenden Fähigkeiten erhalten. Dieser laufende Prozess muss kontinuierlich bewertet, überwacht und verbessert werden.

## **Empfehlung 2 – Befähigung und Empowerment**

**Gewährleistung unabhängiger Beratungsgremien auf lokaler Ebene (z. B. Jugendvertretungen), die sich aus jungen Menschen zusammensetzen und von ihnen gewählt werden, wobei ein intersektionaler Schwerpunkt auf jungen Menschen mit geringeren Chancen liegt und ein nachhaltiger Ansatz verfolgt wird.**

Immer wieder werden junge Menschen bei Entscheidungen, die ihre Zukunft nachhaltig beeinflussen, außen vor gelassen. Um dem zu begegnen, setzen wir uns für die Stärkung von Bottom-up-Beteiligungsmechanismen auf lokaler Ebene ein, so dass Jugendliche, insbesondere benachteiligte Gruppen, handlungsfähig werden. In einigen Ländern (z. B. Finnland, Estland, Schweden) gibt es zwar Beratungsgremien, es braucht aber einen europaweiten Rahmen, um effizientere Modelle für Mitentscheidungsverfahren zwischen jungen Menschen und Behörden auf lokaler Ebene zu schaffen. Ein solcher Ansatz muss nachhaltig und inklusiv gestaltet werden und unterschiedliche Hintergründe und Erfahrungen einbeziehen. Eine intersektionale Perspektive trägt der Tatsache Rechnung, dass eine Person gleichzeitig verschiedenen Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sein könnte. Diese Gremien sollten im Rahmen demokratischer und von jungen Menschen geleiteter Prozesse gebildet werden, in denen junge Menschen selbst die Personen wählen, die sie vertreten sollen. Das Verfahren kann dem jeweiligen lokalen Kontext Rechnung tragen.

In der Politikgestaltung auf lokaler Ebene werden die Mitglieder der Gremien als Stimme der Jugend fungieren. Die Mitgliedstaaten sollten der Einbeziehung und Vertretung junger Menschen Vorrang einräumen. Durch unabhängige Beratungsgremien auf lokaler Ebene und die Befähigung junger Menschen, insbesondere benachteiligter Gruppen, lässt sich eine bessere Zukunft für alle schaffen.

## **Empfehlung 3 – Wirksame Beteiligung**

**Gewährleistung der Rechenschaftspflicht und Transparenz bei der Politikgestaltung in den Bereichen Umwelt und nachhaltige Entwicklung sowie Unterstützung von Beteiligungs- und Evaluierungsmechanismen, die dies auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene ermöglichen (z. B. Jugendgremien, Jugendtests).**

Der 9. Konsultationszyklus im Rahmen des EU-Jugenddialogs hat gezeigt, dass bei jungen Menschen in Bezug auf die Wirksamkeit der Mechanismen für die Gestaltung der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik großes Misstrauen herrscht. Trotz der Bestrebungen, junge Menschen in diese Prozesse einzubeziehen, berichten junge Menschen, dass ihr Engagement wohl nicht zu politischen Veränderungen führen wird. Mit dieser Empfehlung soll sichergestellt werden, dass junge Menschen in den gesamten politischen Entscheidungsprozess einbezogen werden. Dazu gehört, dass ihre Stimmen gehört und die von den Entscheidungsträgern ergriffenen Maßnahmen weiterverfolgt werden. Über erzielte Änderungen soll öffentlich berichtet, ausbleibende Änderungen sollen innerhalb bestimmter Fristen gerechtfertigt werden.

Dies wird auf allen Ebenen zu mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht der Politikgestaltung beitragen. Die Empfehlung trägt dazu bei, dass die Rolle der Jugendgremien – einschließlich lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Jugendvertretungen – gestärkt wird, der EU-Jugenddialog gestärkt wird und Instrumente zur Folgenabschätzung wie Jugendtests eingeführt werden. Dies ermöglicht ferner gezieltere politische Maßnahmen zum Abbau von Ungleichheiten und zur Unterstützung gegenwärtiger und künftiger Generationen.

#### **Empfehlung 4 – Mobilität und Solidarität**

**Ausarbeitung von Aktionsplänen für den formalen Bildungssektor und den Arbeitsmarkt, um für die formelle Anerkennung von Erfahrungen und Schlüsselkompetenzen zu sorgen, die durch die Teilnahme an Freiwilligentätigkeiten und Lernmobilität erworben wurden.**

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Kompetenzen 2023 hat sich eine dringende Priorität herauskristallisiert: Umschulung und Weiterbildung der Arbeitskräfte. Dies trägt zu nachhaltigem Wachstum bei, verbessert die formale Bildung und stärkt den Arbeitsmarkt. Daher unterstützen wir nachdrücklich die Teilnahme der europäischen Jugend an der Freiwilligentätigkeit und der Lernmobilität als aktiven Lernprozess für die weitere Kompetenzentwicklung. Doch nicht nur auf Seiten der jungen Menschen, sondern auch auf Seiten der politischen Entscheidungsträger, der Bildungseinrichtungen und der Arbeitgeber herrscht ein Mangel an Verständnis für den Wert dieser Erfahrungen und der Kompetenzen, die sie fördern. Für viele junge Menschen kann die Mobilität wegen mangelnder Informationen, Sprachbarrieren, unzureichender Finanzmittel oder sonstiger Pflichten im persönlichen Umfeld leider nicht wahrgenommen werden. Das zeigt, wie wichtig jugendgerechte und einfach zugängliche Informationen aus vertrauenswürdigen Quellen sowie eine umfassende Sensibilisierungskampagne sind, damit alle jungen Menschen in Europa diese Chancen erkennen und wahrnehmen können und so gemäß dem Jugendziel #3 eine inklusivere Gesellschaft fördern.

Um dieses Anliegen voranzubringen, sollte die Europäische Kommission einen die Mitgliedstaaten einbeziehenden Prozess einleiten. Innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren sollten die Mitgliedstaaten nationale Aktionspläne ausarbeiten, um Freiwilligentätigkeiten und Lernmobilitäten für junge Menschen, insbesondere für junge Menschen mit begrenzten Chancen, leichter zugänglich zu machen. Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten einen Rahmen für die formale Anerkennung der Kompetenzen und Fähigkeiten schaffen, die bei kurz- und langfristigen Freiwilligentätigkeiten und bei Lernmobilität erworben wurden. Diese Anerkennung sollte in ihre Arbeit und ihre Lebensläufe einfließen.

## Empfehlung 5 – Zugang zur Infrastruktur

**Bereitstellung eines erschwinglichen und zugänglichen ‚Jugend-Klimatickets‘ als universelles multimodales Instrument für den öffentlichen Verkehr auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene und Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Förderung nachhaltiger öffentlicher Verkehrsmittel durch die Europäische Kommission.**

Trotz bestehender Preisnachlässe bei der Personenbeförderung stellen regionale Disparitäten nach wie vor ein Problem für viele junge Menschen dar, insbesondere in ländlichen Gebieten, wo die Verkehrsmittel veraltet oder unzureichend sind. Dies wirkt sich auf die Ausbildung, die Arbeit und den Alltag aus. Um dem zu begegnen, ist es notwendig, den öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern und für bessere Verfügbarkeit, Erschwinglichkeit und allgemeine Zugänglichkeit zu sorgen. Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch junge Menschen verringert die Abwanderung aus dem ländlichen in den urbanen Raum. Dies trägt dazu bei, dass die ländliche Bevölkerung dableibt, und fördert nachhaltigen Wohnraum sowohl in ländlichen als auch in urbanen Gebieten. Mit der Initiative für ein Jugend-Klimaticket soll ein einfaches System eingeführt werden, mit dem jungen Menschen zugängliche, erschwingliche und gut ausgebaute öffentliche Verkehrsmittel auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zur Verfügung gestellt werden. Wir glauben an einen ganzheitlichen Ansatz für soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Diese Initiative soll junge Menschen anregen, sich für nachhaltige Reisemöglichkeiten zu entscheiden, und die Mitgliedstaaten ermutigen, in langfristig nachhaltige Infrastrukturen zu investieren und die Solidarität und Mobilität zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern.

Das Jugend-Klimaticket der EU schlägt ein Pilotprogramm vor, mit dem eine einheitliche digitale Plattform auf drei verschiedenen Ebenen – der regionalen, der nationalen (optional, mit Unterstützung der Europäischen Kommission für teilnahmewillige Mitgliedstaaten) und der internationalen Ebene (vorbehaltlich der EU-Harmonisierung) – geschaffen werden soll. Diese Plattform wird sich an nationale Preise anpassen und als Drehscheibe für den Austausch über bewährte Verfahren dienen. Indem wir nachhaltige öffentliche Verkehrsmittel zur Priorität erheben, wollen wir die Jugend in die Lage versetzen, sich zu verwirklichen und nicht einfach nur zu überleben.